

Inhalt der Sitzung vom 26.07.2004

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.06.2004 gefassten Beschlüsse

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 21.06.2004 einem Stundungsantrag wegen Gewerbesteuernachforderungen, der Höhergruppierung von zwei Verwaltungsangestellten sowie der Einstufung in eine höhere Zwischenlohngruppe von 2 Arbeiterinnen sein Einvernehmen erteilte.

TOP Ö 2 Verkehrsentwicklungsplan Schwetzingen-Oftersheim-Plankstadt

Die Ergebnisse des, gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 22.04.2004 beim Verkehrsplanerbüro Bender & Stahl, Ludwigsburg, beauftragten Verkehrsentwicklungsplans Schwetzingen-Oftersheim-Plankstadt liegen mittlerweile vor. Schwerpunkte setzt der Plan auf den motorisierten Individualverkehr, den Rad- und Fußgängerverkehr, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den ruhenden Verkehr. Im Rahmen der vergangenen Ratssitzung waren Vertreter des Büros Bender & Stahl anwesend und informierten über die Ergebnisse der Untersuchung.

Wie Bürgermeister Huckele eingangs der Beratungen feststellte, macht der Verkehr an den Orts- und Gemarkungsgrenzen nicht halt. Insofern erscheint es sinnvoll, dass man sich in Anbetracht der vorhandenen Verflechtungen dazu entschlossen hat, für die Gemeinden Schwetzingen, Oftersheim und Plankstadt eine gemeinsame Verkehrsuntersuchung zu beauftragen. Die letzte Erhebung dieser Art für die Gemeinde Plankstadt geht zurück in das Jahr 1986. Als wesentlichsten Synergieeffekt einer gemeinsamen Beauftragung nannte das Gemeindeoberhaupt die vergleichsweise geringeren Kosten. In den Ratsgremien der Stadt Schwetzingen und der Gemeinde Oftersheim hat das Büro Bender & Stahl die Ergebnisse der Untersuchung bereits vorgestellt. In Folge begrüßte er zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Schröder und Keller vom Büro Bender & Stahl und erteilte ihnen das Wort.

Herr Schröder stellte die Ergebnisse der Untersuchung vor. Er gliederte seine Darstellung in die Bereiche „Weitergehende Analyse“, „Prognose- und Planfälle“ sowie „Verkehrskonzeption“.

Auf die weitergehende Analyse eingehend, machte Herr Schröder deutlich, dass in der Gemeinde Plankstadt prinzipiell ausreichend Parkraum vorhanden ist, wenn es auch in Stoßzeiten zu Belastungsspitzen kommt. Die Unfallanalyse hat lediglich einen Schwerpunkt ergeben. Es ist dies der außerörtliche Kreuzungsbereich L 600/L 544. In Ortsnähe ist lediglich im Bereich des Kreisverkehrsplatzes Ostumgehung eine gewisse Häufung zu erkennen. Bei der Betrachtung eines längerfristigen Untersuchungszeitraums wäre noch der Bereich Spinne, sowie Schwetzingenerstraße/Schubertstraße zu nennen. Bzgl. der Schallemissionen nannte Herr Schröder den aktuellen Ist-Zustand. Gleiches gilt für verkehrsrelevante Strukturdaten, den Rad- und Fußgängerverkehr, sowie den so genannten „Konfliktplan“. Auf die Verträglichkeitsanalyse eingehend, machte er deutlich, dass hier insbesondere in weiten Teilen der Schwetzingener Straße eine Unverträglichkeit der verschiedenen Verkehre sowie sonstiger Umfeldfaktoren zu beklagen ist. Schlussendlich beleuchtete Herr Schröder den ÖPNV und informierte über die wesentlichen Daten (Streckenbelastung, Fahrgastzahlen, etc.) der Linien 713 (Busverbindung Eppelheim-Plankstadt-Schwetzingen) sowie 714 (Stadtbus Plankstadt).

Auf die Prognose- und Planfälle eingehend, nannte Herr Schröder als wesentlichste Faktoren der kommenden

Jahre die Erschließung der „Bahnstadt“ Heidelberg mit ca. 20.000 Einwohnern und das Oftersheimer Baugebiet „Nord-West“ mit ca. 2.300 Einwohnern. Allgemein sei bis zum Jahr 2020 mit einem mittleren Verkehrszuwachs von ca. 22% zu rechnen, wobei es sich hier insbesondere auch um verstärkten Durchgangsverkehr handelt. Im Rahmen der Untersuchung habe man, so Herr Schröder weiter, insgesamt 5 Planfälle zu Grunde gelegt. Es ist dies zunächst der Planfall 0, d.h. die Beibehaltung des Status Quo. Es folgt Planfall 1 mit dem Bau der B 535, die mit einem Verkehrsaufkommen von 29.000 Fahrzeugen/Tag (West) bzw. 35.000 Fahrzeugen/Tag (Ost) in Ansatz steht. Die Schwetzingener Straße würde durch den Bau der B 535 nach den vorliegenden Prognosen eine Entlastung von nur 7%, die Ladenburger Straße von 14 % und die Eisenbahnstraße von 15% erfahren. Vorgenannte Zahlen belegen demnach eine nur begrenzte Entlastung innerörtlicher Verkehrswege durch den Bau der Bundesstraße. Planfall 3 berücksichtigt den Bau der L 722 neu auf der Gemarkung Oftersheim, wobei sich selbst bei Betrachtung aller 4 möglichen Trassenvarianten für die Gemeinde Plankstadt keine verkehrsrelevante Wirkung abzeichnet. Planfall 4 bezieht sich auf den Bau der L 543 neu ohne Sperrung der L 543 alt, wobei diese Variante für die Gemeinde Plankstadt (im Gegensatz zur Stadt Eppelheim) keine spürbare Entlastung in Aussicht stellt. Anders verhält es sich bei Planfall 5, dem Bau der L 543 neu mit Sperrung der L 543 alt. Hier ist, je nach Straße, mit deutlichen Rückgängen zwischen 17% und 19% zu rechnen. Ergänzend scheint es dann aus Sicht der Verkehrsplaner sinnvoll, begleitende innerörtliche Maßnahmen ins Auge zu fassen. Herr Schröder nannte beispielsweise Einbahnstraßenregelungen, versetztes Parken oder Ausweitung der Tempo-30-Zonen. In Kombination versprach er sich hier von Planfall 5 mit entsprechenden innerörtlichen Maßnahmen die größtmögliche Effektivität.

Hinsichtlich der Verkehrskonzeption machte Herr Schröder deutlich, dass es primäres Ziel sei, durch die Instrumente Verlagerung, Verminderung bzw. Vermeidung den örtlichen Verkehr verträglicher werden zu lassen. Hierzu bedarf es einer punktuellen, lokalen Konfliktminderung. Umgehungsstraßen seien dabei ein Punkt, der jedoch nur dort greift, wo auch eine Verkehrswirksamkeit zu erwarten ist (insbesondere L 543 neu mit Sperrung der alten Trasse und gleichzeitigen innerörtlichen Maßnahmen). Auf die erarbeitete Plankstadter Konzeption im Einzelnen eingehend, beleuchtete Herr Schröder zunächst den Motorisierten Individualverkehr (MIV). Hier bedarf es einer Neuordnung der klassifizierten Straßen, der großflächigen Einführung von Tempo-30-Zonen, sowie der Schaffung verkehrsberuhigter Geschäftsbereiche, so z.B. in Rathausnähe-/Luisenstraße. Dort ist u.a. auch eine Tempo-20-Zonen-Regelung anzudenken. Bezüglich des Radverkehrs schlug das Verkehrsplanerbüro u.a. vor, den Brühler Weg auf seiner gesamten Länge als Radfahrstraße auszuweisen (wobei der Anlieger-PKW-Verkehr weiterhin frei ist), auf der Südseite der Jahnstraße einen Radweg einzurichten sowie die Radfahrbereiche auf der Schwetzingener Straße (sowohl von Schwetzingen, als auch vom Kreisverkehrsplatz Ostumgehung kommend) farblich zu kennzeichnen. Auf den ruhenden Verkehr eingehend, hielt Herr Schröder die Erhebung von Parkgebühren generell für nicht sinnvoll. Als überlegenswertes Projekt nannte er u.a. die Neuordnung der Parksituation Wilhelmstraße. Hier gelte es, unter Beibehaltung der bisherigen Stellplatzzahl mit markierten Parkständen zu operieren. In Folge stellte Herr Keller mögliche Alternativen bzgl. des ÖPNV vor. Auf die Buslinie 713 eingehend, nannte er als Option einer aktuell diskutierten Verlängerung der Straßenbahn Eppelheim-Plankstadt-Schwetzingen die Taktverdichtung der bestehenden Buslinie 713. Würde ein zusätzliches Fahrzeug eingesetzt und der Takt auf 10 Minuten verdichtet, entspräche dies im Ergebnis den Vorteilen einer Straßenbahnverlängerung, ermittelten die Verkehrsplaner. Die jährlichen Zuschusskosten für diese Variante beliefen sich auf ca. 100.000,- Euro. Dem gegenüber stehen geschätzte Baukosten der Straßenbahnverlängerung i.H.v. 25 Mio Euro. Hinsichtlich der Stadtbuslinie 714 regte Herr Keller dahingehend eine Optimierung des Fahrplans an, als durch eine Ringfahrtroute mit wechselnden Richtungen kürzere Umsteigezeiten erzielt werden könnten. Zudem sollte der Stadtbusverkehr in ein Gesamtkonzept der Gemeinden Schwetzingen, Oftersheim und Plankstadt eingebunden und dies auch nach außen hin offensiv beworben werden. Hierzu bedarf es auch eines

Namens/Logos, schlug er beispielhaft einen Stadtbus mit dem Namen „Schwopper“ vor. Auf die Intention eines Verkehrsentwicklungsplans eingehend, machte Herr Schröder zusammenfassend deutlich, dass es sich hierbei um eine Leit- und Zielplanung handelt, deren Details zu gegebener Zeit konkretisiert werden müssen. Es handelt sich um ein dynamisches Gebilde, dessen Bausteine sich entwickeln können bzw. sollen. Auf die Frage von Bürgermeister Huckele nach dem weiteren Vorgehen schlug Herr Schröder vor, zunächst die genannten Daten und Fakten auszuformulieren und der Gemeinde als schriftliches Konzept einzureichen. In Folge wäre der Verkehrsentwicklungsplan als künftige Leitlinie vom Ratsgremium zu beschließen. Hierbei sollten den jeweiligen Maßnahmen Prioritäten zugeordnet werden.

Gemeinderat Rudi Lerche (CDU) hielt es für angezeigt, auch die Westumgehung Grenzhof im Verkehrsentwicklungsplan zu berücksichtigen, zumal diese sowohl für den Rad-, als auch Schwerlastverkehr eine zentrale Rolle einnimmt. Herr Schröder teilte mit, dass der Bau der Trasse bereits im Planfall 0 berücksichtigt ist. Er werde dies jedoch in der Sachdarstellung nochmals deutlicher formulieren.

Bürgermeister Huckele verwies darauf, dass die vorliegenden Ergebnisse vom Bau einer 4-spurigen B 535 ausgehen, faktisch jedoch nur eine 2-spurige Realisierung geplant ist. Herr Schröder bejahte dies, machte aber deutlich, dass die prognostizierten Belastungszahlen auch von einer 2-spurigen Trasse aufgenommen werden könnten.

Zudem nannte der Bürgermeister die L 543 neu als überaus wichtiges Projekt, das gerade im Hinblick auf die Realisierung der Heidelberger „Bahnstadt“ an Bedeutung gewinnt. Dies zeigen auch die vorgetragenen Untersuchungen. In dieser Frage gelte es, die Ziele der Gemeinde deutlich zu formulieren. Herr Schröder pflichtete dem bei.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) hinterfragte die Wahrscheinlichkeit der vom Büro Bender & Stahl aufgezeigten Planfälle. Herr Schröder stellte fest, dass sowohl der Bau der B 535, als auch die Realisierung der Planungen „Bahnstadt“ als gesichert gelten können. Der Bau der L 543 neu hingegen müsse im Rahmen von Gesprächen der beteiligten Stellen erörtert werden.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf den Planungshorizont bis zum Jahr 2020 und hinterfragte, bis wann mit der Realisierung des gesamten Verkehrskonzeptes zu rechnen sei. Herr Schröder machte deutlich, dass die jeweiligen Punkte sukzessiv umzusetzen sind. Teilbereiche der Planung können jedoch bereits zum heutigen Zeitpunkt in Angriff genommen werden, nannte er u.a. die innerörtlichen Begleitmaßnahmen. Wie Gemeinderat Hohl in Folge befand, hatte er den Eindruck, dass die Studie primär Wert auf den Straßenbau legt. Herr Schröder machte deutlich, dass es vorliegend nicht um evtl. Präferenzen der Straßenplaner, sondern vielmehr um eine größtmögliche Effektivität bei der Verträglichkeit sowie Kosten-Nutzen-Analyse von Verkehren geht.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) stellte fest, dass der Planfall 5 (Bau der L 543 neu mit Sperrung der alten Trasse) den größtmöglichen Nutzen bringt und insofern diese Variante zu forcieren ist.

Im Ergebnis verständigten sich die Ratsmitglieder auf die, von Herrn Schröder angeregte weitere Vorgehensweise. Das Büro Bender & Stahl wird die Daten und Fakten schriftlich formulieren, um sie anschließend nochmals in den Fraktionen zu beraten und in Folge einen diesbezüglichen Gemeinderatsbeschluss herbeizuführen.

TOP Ö 3 Ablösung der Unterhaltslast für den Kreisverkehrsplatz zur Anbindung des Gewerbegebietes „Nord-West“ an die K 4144

Die Gemeinde Plankstadt hat zur Anbindung des Gewerbegebietes „Nord-West“ an die Kreisstraße K 4144 den dortigen Kreisverkehrsplatz auf eigene Kosten hergestellt. Gemäß Straßengesetz hat die Gemeinde jedoch nicht nur die Kosten für die Herstellung der neuen Fahrbahnteile zu tragen, sondern darüber hinaus auch die Mehrkosten für die Unterhaltung der zusätzlichen Fahrbahnteile abzulösen. Das Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises fertigte den Entwurf zu einer diesbezüglichen Vereinbarung. Die Ablöseberechnung wurde dabei vom Straßenbauamt Heidelberg vorgenommen und ergab einen Ablösebetrag in Höhe von 40.787,73 Euro. Die Ablösevereinbarung und die entsprechende Berechnung des Ablösebetrages wurden von der Verwaltung eingehend geprüft. Einwände hiergegen bestehen nicht.

Die Sprecher der Fraktionen/Gruppe machten deutlich, dass die Gemeinde Plankstadt den Kreisverkehrsplatz wollte und insofern nun auch für die hierdurch entstehenden Kosten aufkommen muss. Insofern sei der vorliegenden Vereinbarung zuzustimmen.

Gemeinderat Rudi Lerche (CDU) hinterfragte die Zuständigkeit bzgl. der Grünflächenpflege des Kreisverkehrplatzes. Bürgermeister Huckele informierte, dass der Rasen von den Gemeindegärtnern geschnitten werde. Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD), wie auch Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL), zeigten sich davon überrascht, da ursprünglich die Pflege der Anlage durch die Firma Weldebräu in Diskussion war.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bezeichnete den Kreisverkehrsplatz als sinnvolle Lösung. Seine Frage bzgl. der Sicherheit und Beleuchtung des Bauwerks beantwortete Bürgermeister Huckele dahingehend, dass auch dies in die Zuständigkeit der Gemeinde fällt. In Folge wollte Gemeinderat Hohl wissen, inwieweit die vorliegenden Ablösemodalitäten der üblichen Praxis entsprechen. Bürgermeister Huckele bejahte dies. Auf die Differenz zwischen dem ursprünglichem Kostenansatz (25.800,- €) und den nunmehr tatsächlich ermittelten Kosten (40.787,73 €) eingehend, hinterfragte Gemeinderat Hohl den Grund für diese erhebliche Diskrepanz. BAL Boxheimer informierte, dass es sich bei dem ursprünglich ermittelten Kostenansatz nicht um eine verwaltungsinterne Berechnung, sondern um einen Wert handelt, der so vom Straßenbauamt Heidelberg mitgeteilt wurde. Man ging hierbei wohl von standardisierten Erfahrungswerten aus, die auf die vorliegende Maßnahme jedoch so nicht angewendet werden konnten.

Der Vereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Gemeinde Plankstadt über die Herstellung des Kreisverkehrplatzes und den diesbezüglichen Ablösekosten entsprach das Ratsgremium mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 4 Bauantrag

Bei 1 Enthaltung der GLP erteilte der Rat sein Einvernehmen bzgl. des Bauantrags zur Schaffung von 7 Wohneinheiten in Form von Reihenhäusern mit Garagen und eines Appartements mit Stellplatz im Gebäudebestand auf dem Grundstück Flst.Nr. 1804; Oftersheimer Landstraße 2.

TOP Ö 5 Bekanntgaben, Anfragen

1. Sonnenschutzvorrichtung für die Ladengeschäfte in der Seniorenwohnanlage Luisenstraße

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf eine zurückliegende Anfrage bzgl. der Installation von Sonnenschutzvorrichtungen für die Ladengeschäfte in der Seniorenwohnanlage Luisenstraße und erkundigte sich nach dem Sachstand.

Bürgermeister Huckele informierte, dass man in Abstimmung mit den Pächtern eine Lösung gefunden hat. Die entsprechenden Sonnenschutzvorrichtungen sind bereits bestellt und werden voraussichtlich bis Mitte August installiert.

2. Einrichtung einer Hortbetreuung an den örtlichen Schulen

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigte sich nach dem Sachstand in obiger Angelegenheit.

Bürgermeister Huckele informierte, dass auf die mehrwöchige Umfrage im Gemeindemitteilungsblatt nur 5 Meldungen bzgl. einer Ganztagesbetreuung eingingen und sich der Bedarf insofern mehr als bescheiden ausnimmt. Der Sachverhalt wird jedoch nochmals im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung diskutiert.

3. Neueröffnung eines „Cafes 501“ in der Eisenbahnstr. 80

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL), wie auch Gemeinderat Werner Engelhardt (SPD) erkundigten sich nach der vermeintlichen Neueröffnung eines „Cafes 501“ in der Eisenbahnstr. 80. Dies sei so auch im örtlichen Telefonbuch des Nussbaum-Verlags (S. 382) aufgeführt.

Der Verwaltung war dies nicht bekannt. Bürgermeister Huckele sicherte jedoch eine Prüfung zu.

4. Vermietung der Plankstadter Grillhütte an Auswärtige

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) verwies auf eine Anzeige im Gemeindemitteilungsblatt, in der ein Plankstadter Bürger gesucht wird, der sich zur Anmietung der Grillhütte in fremdem Namen bereit erklärt. Er erkundigte sich, inwieweit eine Anmietung der Grillhütte durch Auswärtige tatsächlich untersagt ist.

Bürgermeister Huckele bestätigte dies und machte deutlich, dass eine Anmietung in fremdem Namen illegal ist. Die Verwaltung wird die Angelegenheit im Auge behalten und eine derartige Praxis unterbinden.

5. Friedhof Plankstadt Grabaushub/Hinweisbeschilderung

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) monierte, dass bei einem kürzlich erfolgten Grabaushub die Erde auf dem Friedhofsweg zwischengelagert und die Erdwand auf einem benachbarten Grab installiert wurde. Zudem verwies er auf die mangelhafte Hinweisbeschilderung im nördlichen Friedhofsbereich.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) teilte mit, dass er zur Zeit besagten Grabaushubs als Stellvertreter des Bürgermeisters im Amt war und von dieser Beschwerde Kenntnis erhielt. Die, durch ihn veranlasste Prüfung des Sachverhalts erwies die Eingabe jedoch als unbegründet.

6. Rolltor der Tiefgarage des Gemeindezentrum

Gemeinderat Fredi Engelhardt (PL) erkundigte sich nach dem Rolltor der Tiefgarage des Gemeindezentrums.

Bürgermeister Huckele teilte mit, dass dies wegen ständiger Defekte bereits vor einigen Jahren deinstalliert wurde. Eine Ersatzbeschaffung ist aktuell nicht vorgesehen.

7. Parksituation Bruchhäuser Weg/Karl-Theodor-Straße

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) monierte die Parksituation im Bereich Bruchhäuser Weg/Ecke Karl-Theodor-Straße, die bereits des Öfteren zu erheblichen Gefahrensituationen führte. Sie hinterfragte in diesem Zusammenhang auch die evtl. Anordnung eines Halteverbots im dortigen Bereich.

Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass im Bereich der Einmündung (so genannter „5-Meter-Bereich“) ohnedies ein Parkverbot gilt. Er sicherte jedoch gezielte Kontrollen durch den gemeindlichen Vollzugsbediensteten zu.

TOP Ö 6 Verabschiedung der ausscheidenden Gemeinderäte

Bürgermeister Huckele stellte eingangs fest, dass der Abschied aus dem Ratsgremium individuell und dem Anlass entsprechend verschiedene Gefühle auslöst. Oftmals ist er verbunden mit Erleichterung, wird hierdurch schließlich der Druck von Verantwortung genommen. Andererseits erhält man neue Freiräume und kann die seither mit ehrenamtlichem Engagement verbrachte Zeit anderweitig nutzen. Oftmals bedeutet das Ausscheiden aus dem Rat jedoch auch Wehmut und die Feststellung, dass ein Zeitabschnitt zu Ende geht. Wie Bürgermeister Huckele rückblickend feststellte, schieden in der vergangenen Ratsperiode, d.h. im November 1999, insgesamt 7 Räte aus dem Gremium. 6 von ihnen hatten seinerzeit nicht mehr kandidiert. Bei der diesjährigen Wahl waren es 3 Ratsmitglieder die nicht mehr zur Wiederwahl standen. Insgesamt beläuft sich die Zahl der ausscheidenden Räte nunmehr auf 4.

Auf die einzelnen Ratsmitglieder eingehend, nannte Bürgermeister Huckele zunächst Gemeinderat Karl Ott (SPD), der bei der Wahl am 24.10.1999 mit 759 Stimmen das 7. beste Ergebnis der SPD errang und damit als Nachrücker festgestellt wurde. Nach dem Ausscheiden von Gemeinderat Jost Goebels wurde Herr Ott dann am 11.12.2000 in das Amt als Gemeinderat verpflichtet. Wie Bürgermeister Huckele feststellte, gab es in den zurückliegenden 3 ½ Jahren oftmals unterschiedliche Auffassungen, die zu kontroversen Diskussionen führten. Im Laufe der Zeit, insbesondere zum Ende der Amtsperiode, fanden sich jedoch auch Übereinstimmungen, die zu einem besseren Miteinander beitrugen. Besonders schätzte der Bürgermeister, dass man, trotz aller Kontroversen, bei privaten Anlässen (so z.B. bei Veranstaltungen des Freundeskreises der Friedrichschule, in dem Herr Ott aktiv ist) immer ein freundliches Wort füreinander fand. Abschließend war sich das Gemeindeoberhaupt sicher, dass sich bei einem erneuten Nachrücken ins Gremium (und dies hielt er für nicht unwahrscheinlich), einige Ecken und Kanten abgeschliffen haben.

Das Wort an Gemeinderat Matthias Busse (CDU) gerichtet informierte Bürgermeister Huckele zunächst, dass dieser bei der Wahl am 24.10.1999 mit 1.711 Stimmen das 8. beste Ergebnis der CDU errang und damit direkt in den Rat einzog. Die zurückliegenden 5 Jahre Arbeit im Gremium bezeichnete er für das ausscheidende Mitglied als wichtige Erfahrung. Die Tatsache, dass Herr Busse in der kommenden Legislaturperiode nicht mehr dem Rat angehört stand bereits vor der Neuwahl fest, hatte er sich doch aus privaten Gründen dazu entschieden, bei der diesjährigen Wahl nicht mehr zu kandidieren.

Gemeinderat Dr. Adolf Schifferer (CDU) gehörte dem Rat (mit Unterbrechungen) bereits 16 Jahre an. So war er von 1980 bis 1994 Gremiumsmitglied, entschied sich im Jahre 1994 nicht mehr zu kandidieren, bevor er im Jahr 1999 als 1. Ersatzperson gewählt wurde und am 14.10.2002 für den ausscheidenden Jan-Eike Schumacher wiederum in den Rat einzog. Vor seinem ehrenamtlichen Engagement in der Gemeinde Plankstadt war Herr Dr. Schifferer bereits in der Stadt Aachen, sowie in der Gemeinde Edingen-Neckarhausen als Gemeinderat tätig. An dem ausscheidenden Gremiumsmitglied schätzte Bürgermeister Huckele insbesondere dessen analytischen Sachverstand. Als Person habe er Herrn Dr. Schifferer kennen und schätzen gelernt.

Gemeinderat Rudi Lerche, Fraktionssprecher der CDU-Fraktion im Gemeinderat, wurde 1989 zum ersten Mal ins Plankstadter Ratsgremium gewählt. Es folgte die Wiederwahl in den Jahren 1994 und 1999, wobei er seine Stimmenzahl von 2.143, über 2.943 auf schlussendlich 3.369 steigern konnte. Dies beweist, so Bürgermeister Huckele, dass sich Herr Lerche über Jahre hinweg das Vertrauen und die Anerkennung der Wählerinnen und Wähler erworben hat. Frei von Vorurteilen, war er stets auf Ausgleich bedacht, bereit zuzuhören und die Meinung anderer zu respektieren. Bei der Ratsarbeit half ihm sein fundiertes Fachwissen, das er sich im Rahmen seiner jahrelangen Tätigkeit in führender Position bei der Stadt Heidelberg erwarb. Wie der Bürgermeister feststellte, kann sich Gemeinderat Lerche nunmehr beruhigt aus dem ehrenamtlichen Engagement zurückziehen, gelang es doch zurückliegend, die ihm am Herzen liegenden Projekte zu realisieren. Hier nannte er an erster Stelle den Bau der Seniorenwohnanlage Luisenstraße, den Gemeinderat Lerche zu einem persönlichen Anliegen machte. Neben seinem Engagement im Ratsgremium honorierte der Bürgermeister auch die langjährige Tätigkeit von Herrn Lerche in den Zweckverbänden „Unterer Leimbach“ und „Bezirk Schwetzingen“.

Zusammenfassend dankte Bürgermeister Huckele den scheidenden Ratsmitgliedern für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit im Dienst der Gemeinde und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Er wollte dies nicht nur als persönlichen Dank verstanden wissen, sondern vielmehr als Dank aller Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere derer, die den ausscheidenden Räten ihre Stimme gaben – und das sind nicht wenige. In Anerkennung der Verdienste um das Gemeinwohl verlieh Bürgermeister Huckele den ausscheidenden Gremiumsmitgliedern eine Urkunde, die Gussplakette der Gemeinde mit dem Plankstadter Gerichtssiegel sowie eine Bildmappe mit Plankstadter Motiven.

Nicht unerwähnt ließ er auch die Ehefrauen der scheidenden Ratsmitglieder. Er dankte ihnen für die Geduld und Unterstützung während des oftmals zeitintensiven Engagements. Er honorierte dieses Verständnis mit einem Blumengruß der Gemeinde.

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) bedankte sich bei den ausscheidenden Ratskollegen für die gute Zusammenarbeit. An seine Fraktionskollegen gerichtet lobte er bei Herrn Busse insbesondere dessen juristisches Fachwissen, bei Herrn Dr. Schifferer seine ruhige, sachliche Aufgabenwahrnehmung und bei Herrn Lerche seine umfassende Kompetenz, gerade auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Auf Herrn Ott eingehend, bescheinigte er ihm ein durchaus streitbares Naturell, das eine Zusammenarbeit im Rat jedoch nicht ausschloss.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) dankte den scheidenden Ratsmitgliedern für die zurückliegend konstruktive Zusammenarbeit und insbesondere auch für das gute Verhältnis, das man trotz unterschiedlicher Meinungen in der Sache immer gepflegt hat. Seinem Fraktionskollegen Ott bescheinigte er ein umfassendes, insbesondere auch juristisches Fachwissen, das der SPD sicher fehlen wird.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) bezeichnete die zurückliegende Ratsarbeit als konstruktiv und richtete hierfür seinen aufrichtigen Dank an die scheidenden Kollegen. Auch wenn man oftmals unterschiedlicher Auffassung war und es in der Sache Differenzen gab, war die Ratsarbeit in der Gesamtbetrachtung geprägt von einem guten persönlichen Verhältnis und gegenseitiger Achtung.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bescheinigte Herrn Ott, dass er mit seiner oftmals auch unbequemen Art frischen Wind in die SPD-Fraktion, wie auch den gesamten Rat, gebracht hat, was manches Mal auch der GLP zum Vorteil gereichte. Gemeinderat Busse bezeichnete er als angenehmen „Sitznachbar“, zu dem er ein jederzeit gutes persönliches Verhältnis pflegte. Mit Gemeinderat Dr. Schifferer habe auch die GLP manchen Kampf ausgefochten, worunter die gute und von Respekt geprägte Zusammenarbeit im Rat jedoch nie litt. Gemeinderat Lerche schließlich verkörpere das Miteinander im Gremium. Ein Mann, der stets um Konsens bemüht war und zweifelsohne eine große Lücke hinterlassen wird.

Gemeinderat Lerche stellte zurückblickend fest, dass er im Rahmen seiner langjährigen Ratstätigkeit Plankstadt, wie auch dessen Bürgerinnen und Bürger kennen- und schätzenlernen durfte. Dies empfand er als große Bereicherung. Kontroverse Diskussionen gehören zu einer funktionierenden und lebendigen Demokratie und verwies darauf, dass es oftmals verschiedene Meinungen zu Sachthemen gab. Im Ergebnis sei es jedoch wichtig, sich auch fraktionsübergreifend in die Augen schauen zu können und anstehende Probleme zu bewältigen. Als Abschiedspräsent an seine Ratskollegen und die Verwaltung überreichte er eine Anekdotensammlung zurückliegender Begebenheiten in und um den Plankstadter Gemeinderat.

Gemeinderat Dr. Schifferer stellte fest, dass er heute bereits zum 4. Mal seinen Rücktritt aus der Kommunalpolitik vollzieht. Die Ratsarbeit bezeichnete er als oftmals zeitintensiv, aber jederzeit spannend, liefert sie doch schlussendlich ein Abbild der Gemeinschaft in der wir leben. Seinen Ratskollegen dankte er für den positiven Dialog in der Bewältigung anstehender Probleme.

Gemeinderat Busse machte deutlich, dass er den Gemeinderat aus verschiedenen Blickwinkeln, nämlich als Zuhörer, als Berichterstatter für die Presse sowie in den vergangenen 5 Jahren auch als Mitglied, kennen lernen durfte. Das nunmehrige Ausscheiden sah er mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Seinen Kolleginnen und Kollegen dankte er für das überparteilich angenehme Klima. Für ihn persönlich bezeichnete er die zurückliegenden 5 Jahre als äußerst wertvoll. Auch in Zukunft gelte es, das Ehrenamt zu erhalten und verwies auf dessen zentrale Bedeutung in der Gesellschaft.

Gemeinderat Ott dankte seinen Kolleginnen und Kollegen für die zurückliegend interessanten Jahre im Ratsgremium. Sollte er in seiner nunmehrigen Funktion als Nachrücker erneut ins Gremium einziehen, werde er nicht weniger hart in der Sache, aber ebenso engagiert sein Amt wahrnehmen, wie er dies zurückliegend getan hat. Sein abschließender Dank galt den Wählerinnen und Wählern, die ihm ihr Vertrauen ausgesprochen haben.